

II-12805 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen
des Nationalrates XVIII. Gesetzgebungsperiode

Nr. 6229 13

1994 -03- 03

ANFRAGE

der Abgeordneten Svihalek
und Genossen
an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie
betreffend Initiativen des BMUJF gegen Atomkraftwerke in Nachbarstaaten

Nach der österreichischen Volksabstimmung über die Nutzung der Atomkraft im Jahr 1978 ist der Betrieb von Atomkraftwerken in Österreich durch das Atomsperrgesetz ausgeschlossen. Da die Gefahren aus nuklearen Anlagen nicht an den Staatsgrenzen halt machen, verfolgen die jeweiligen österreichischen Bundesregierungen seitdem eine konsequente Anti-Atomkraft-Politik, um die internationale Staatengemeinschaft im allgemeinen und unsere Nachbarstaaten über die Bedenken der österreichischen Bevölkerung bezüglich der Risiken der Atomkraft zu informieren und ein Umdenken hin zu nicht-nuklearen Energieformen zu unterstützen.

Die österreichische Anti-Atom-Politik konnte bereits einige Erfolge aufweisen. So ist der deutsche Verzicht auf die Errichtung der Wiederaufbereitungsanlage Wackersdorf unweit der österreichischen Grenzen gelegen, sicherlich zum Teil auch auf Proteste aus unserem Land zurückzuführen. In internationalen Organisationen und auf multilateralen Konferenzen weisen österreichische Spitzenpolitiker unter Ihrer Führung stets auf die Gefahren der Atomkraft hin, als Beispiele seien hier nur die Europäische Bank für Wiederaufbau und Entwicklung (EBRD) und die Internationale Atomenergiebehörde genannt. In zahlreichen Gesprächsrunden auf Regierungs-, Beamten- und Expertenebene weisen österreichische Vertreter immer wieder speziell unsere Nachbarländer Tschechien, Slowakei und Slowenien auf die Vorzüge des Energiesparens und nicht-nuklearer Energiealternativen hin, wobei ein Durchbruch allerdings noch aussteht. Und schließlich unterstützt der österreichische Ost-Ökofonds ganz konkrete Umweltprojekte, die unseren ehemals kommunistischen Nachbarländern nicht-nukleare Optionen eröffnen.

Trotz dieser wichtigen Initiative lassen aktuelle Entwicklungen weitergehende Aktivitäten der österreichischen Bundesregierung sinnvoll erscheinen. Handlungsbedarf besteht insbesondere bezüglich der geplanten Fertigstellung der AKWs Mochovce und Temelin:

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Bundesministerin für Umwelt, Jugend und Familie nachstehende

Anfrage :

1. Welche Initiativen plant Ihr Ressort für die nächsten Wochen und Monate, um die Chancen zur Verhinderung der AKWs Mochovce und Temelin zu nutzen?
2. Wurde bezüglich des slowakischen AKWs Mochovce von offizieller österreichischer Seite im Rahmen der EBRD der österreichische Standpunkt klargemacht, daß es sich beim Ausbau von Mochovce um keine "least-cost-option" handelt?
3. Wurden der Slowakei und der EBRD die Bereitschaft Österreichs übermittelt, Alternativen zum Ausbau von Mochovce massiv finanziell zu unterstützen. Wurden Sie von Wirtschaftsminister Schüssel über den Inhalt des Schreibens des slowakischen Wirtschaftsministers vom 19.11.1993 informiert?
4. Bestehen von Seiten der Bundesregierung Überlegungen, mittel- bis langfristig rentable Energieeffizienzmaßnahmen in der Slowakei auch ohne Zusage der slowakischen Regierung zum Verzicht auf Mochovce intensiver zu unterstützen?
5. Unterstützen Sie eine gewisse Neuorientierung der österreichischen Anti-Atom-Politik gegenüber der Slowakei, da ein offizieller Beschluß der slowakischen Regierung zum Verzicht auf Mochovce in den nächsten Monaten schon aus innenpolitischen Gründen der Slowakei nicht zu erwarten ist?
6. Schließen Sie sich der Meinung an, daß energiepolitisch und wirtschaftlich sinnvolle Kooperationen mit der Slowakei und Tschechien in jedem Fall von der österreichischen Regierung massiver unterstützt werden sollten ?
7. Wie lautet der Wortlaut der österreichischen Stellungnahme zum tschechischen AKW Temelin, die Ende letzten Jahres US-Entscheidungsträgern übermittelt wurde? An wen wurde das Schreiben übermittelt? Handelt es sich bei dem Schreiben um einen offiziellen Protest der österreichischen Regierung gegen die geplante amerikanische Beteiligung an Temelin?
8. Ist damit zu rechnen, daß der Ausgaberahmen des österreichischen Umwelt- und Wasserwirtschaftsfonds (Ost-Ökofonds) über das derzeitige Volumen erhöht werden wird, um speziell in Tschechien und der Slowakei nicht-nukleare Energieformen zu unterstützen?
9. Welche Ergebnisse hat Ihr Ressort bezüglich der internationalen Sitzung des "Project Preparation Committees" (PPC) am 28.2.1994 in Wien erreicht ?